



Was uns neben G20 bewegt: Besoldungsanpassung und Strukturen

Der Landesvorsitzende der GdP Hamburg, Gerhard Kirsch, äußert sich ähnlich wie viele andere auch in den sozialen Netzwerken. Diese Berichte und Anmerkungen beziehen sich auf aktuelle Probleme, beleuchten aber auch kritisch Strukturen in der Hamburger Polizei. Daher ist der zweite Bericht auch unter dem Aspekt zu betrachten, eine Diskussion zur Frage der Hamburger Polizei in Bezug auf deren organisatorischen Aufbau zu führen. In den sozialen Netzwerken gab es dazu bereits unterschiedliche Bewertungen.

Wann kommt die Besoldungsanpassung?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 2. 6. 2017 wird das Beteiligungsgespräch der Gewerkschaften zur Anpassung/Übertragung des Tarifergebnisses im Personalamt stattfinden. Was in Hamburg lange dauert, ist in anderen Bundesländern schon Geschichte. Bayern z. B. übernimmt das Tarifergebnis rückwirkend zum 1. 1. 2017 UND legt noch eine Einmalzahlung von 500 Euro obendrauf.

In Hamburg hat der 1. Bürgermeister die Übernahme des Tarifergebnisses rückwirkend zum 1. 1. 2017 definitiv zugesagt. Allerdings dauert die Umsetzung viel zu lange, wenn man sich z. B. mit Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein oder Sachsen vergleichen will. Hamburg mit seinen Weltstadtabitionen sollte hier nun wirklich nicht zurückstehen.

Kurz zum Tarifergebnis: Zum 1. 1. 2017 +2 Prozent bzw. 75 Euro bei einem Bruttogehalt von bis zu 3200 Euro – und ab 1. 1. 2018 +2,35 Prozent. In Hamburg werden 0,2 Prozent jeweils als Versorgungsrücklage einbe-

halten. Zur Wahrheit gehört auch, dass andere Länder die Übernahme des Tarifergebnisses verzögern – so Bremen zum 1. 7. oder Mecklenburg-Vorpommern zum 1. 6. und dann auch noch 1,75 Prozent oder NRW zum 1. 4. – ein Flickenteppich ohne Ende und der

ziellen für die Polizeibeschäftigten, auf deren Rücken der G20-Wahnsinn ausgetragen wird, wäre das wirklich mal ein guter Schritt. Von einer zusätzlichen Einmalzahlung in Höhe von 500 Euro – wie in Bayern – wage ich schon gar nicht zu träumen, denn dies setzt

Infos für Einsatzkräfte zum G20-Gipfel

grandiosen Föderalismusreform geschuldet – die Kleinstaaterei feiert wieder Triumphe – zu unseren Lasten.

Unser Parlament – die Hamburgische Bürgerschaft – muss sofort nach der Beteiligung der Gewerkschaften die Umsetzung des Tarifergebnisses noch vor der Sommerpause beschließen – das wäre mal ein Zeichen dafür, dass man es nicht nur anderen Ländern im positiven Sinne gleichtun will, sondern auch hier das Beispiel eines verschlafenen und trägen Provinzniveaus in ein Weltstadtniveau verwandeln möchte.

Angesichts der nicht nur diesjährig bestehenden exorbitanten Belastungen des öffentlichen Dienstes, im Spe-

den Schlaf voraus – und dann kann ich diejenigen nicht mehr wecken, die einen anderen Traum haben – nämlich uns möglichst lange hinzuhalten und uns wieder zu nehmen, was uns zu steht.

Liebe Grüße, Kirsche

G20: Gesundheit und Strukturen – kritisch zu sehen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst freue ich mich sehr darüber, dass es dem Polizeiführer, Herrn Dudde wieder besser geht. Mit großem

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Schrecken hatte ich bei meiner Ankunft in Hamburg von seinem erlittenen Herzinfarkt erfahren. Ganz persönlich wünsche ich ihm alles Liebe und Gute – und wenn ich höre, dass er weitermacht, so ist dieser Einsatz von niemandem zu überbieten und zeugt von dem außergewöhnlichen Willen, Mut und der Einstellung, über die dieser Mann verfügt. Er und damit alle zurzeit belasteten Kolleginnen und Kollegen müssen endlich entsprechend unterstützt werden – und damit komme ich zu einem Punkt, der vielleicht bei dem einen oder anderen Unmut auslösen wird: Dies vorausgeschickt muss jedem klar sein, dass der G20-Gipfel eine Angelegenheit ist, die ALLE Organisationseinheiten angeht. Dieser Einsatz ist seit Wochen im Gang – ich habe auf mehreren Personalversammlungen von der vollzogenen Spaltung der Hamburger Polizei gesprochen. Ich habe davon gesprochen, dass hier Separatisten mit Elitedenken am Werk waren – einige wurden dafür

belohnt. Die Abkehr von der PK-Philosophie – die Trennung der Sparten – war ein Kardinalfehler, der sich insbesondere jetzt fatal auswirkt.

Wo SCH und Kripo seinerzeit unter einem Dach geführt wurden, kam es auch vor, dass K-Kollegen in den Schichten unterstützt. Wie gut wäre das jetzt – bei den unglaublichen Belastungen, die insbesondere die Dienstgruppen über Monate hinweg durchzustehen haben. Von Fürsorge oder entsprechender Führung kann doch hier keine Rede mehr sein, wenn die Belastungen im Wesentlichen nur einseitig verteilt werden. Die über Herrn Dudde bestehende – politische – Führung muss hier entsprechende Entscheidungen treffen oder ihm – wenn man solche nicht trifft – alle Vollmachten einräumen. Sie scheuen aber wohl den Widerstand gewisser Kreise, die ja einträchtig zusammenwirken. Eines ist für mich jedenfalls klar: Die Kolleginnen und Kollegen der Schutz- und Wasserschutzpolizei, aber auch der Polizeiführer Dudde selbst brauchen deutlich mehr interne – politische – Unterstützung, um in erster Linie die Kolleginnen und Kollegen an den PK/WSPK zu entlasten. Ich sagte auch immer wieder: Wir sind eine Polizei! –

bzw. „Wir müssen auch wieder eine werden!“ – und davon gehe ich keinen Millimeter weg. Es ist jetzt wirklich die Gelegenheit, dies endlich auch real umzusetzen – da müsste man in den ganz hohen Führungskreisen auch alleine drauf kommen – da es offenbar nicht so ist, schreibe ich es ihnen gerne auf. Zurücklehnen und zuschauen, wie Dudde und die „anderen“ sich aufreiben, reicht nicht!

Ich fordere auch, endlich die Verpflegungsrichtlinie bis zum Ende des G20-Einsatzes aufzuheben – BGM-Objektschutz nein, Messe ja – alles Humbuck. Die Sätze sind auch zu erhöhen. Das sind gemessen an den Gesamtkosten des Einsatzes Peanuts, die Kolleginnen und Kollegen geben alles – und die Politik macht sich in die „imaginäre“ Hose vor Geiz und sorgt dafür, dass die Stimmung bei den Kolleginnen und Kollegen immer wieder neue „Höhepunkte“ erreicht. Dies als erste Gedanken, mit denen ich nach Hause gekommen bin. Ich werde heute Abend zu den Kolleginnen und Kollegen rausfahren. Da habe ich auch ein wenig von Herrn Dudde, dem ich nochmals und von ganzem Herzen das Beste wünsche.

Liebe Grüße, Eure Kirsche



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@dp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
E-Mail: joernclassen@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

MAI-EMPFANG

Bürgermeister Olaf Scholz lädt zum Empfang

**Beim alljährlichen Mai-Empfang
des Senats waren rund 450
Gewerkschafter/-innen am 19. April
im Rathaus zu Gast.**

Der Bürgermeister begrüßte alle Gäste und berichtete aus seiner Sicht von der wachsenden Stadt, den wachsenden Herausforderungen für die Wirtschaft und Wohnungssituation und die daraus erwachsenden Chancen.

Die DGB-Vorsitzende Katja Karger stellte den Wert der Mitbestimmung in den Mittelpunkt ihrer Rede. Sie verwies auf die geschichtlich umkämpften Rechte der Arbeitnehmervertretungen und den demokratischen Grundgedanken.

Für die Gewerkschaften sprach außerdem Katharina Ries-Heidtko, Kon-

zernbetriebsratsvorsitzende der Asklepios Kliniken Hamburg. Sie wies auf strukturelle Defizite in der Personalbemessung hin und prangerte noch mal den Zustand der befristeten Arbeitsverträge an.

Sachgrundlosen Befristungen durch die Stadt wurden durch das Engagement des DGB auf vielen Ebenen und in gemeinsamen politischen Gesprächen gestoppt.

Genau hier zeigt sich, wie wichtig ein aktiver Dialog zwischen den Gewerkschaften und der Stadt als Arbeitgeber und Dienstherr ist.

Bei einem guten Tropfen und einem reichhaltigen Büfett folgte der weitere Austausch zu aktuellen politischen Themen. Insgesamt ein gelungener Abend, für den es sich lohnt, Danke zu sagen.

Jörn Clasen





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

Mein Schiff.

Unsere Routen
haben alle ein Ziel:
Ihr Fernweh.



PREMIUM
ALLES INKLUSIVE

*Ohne Aufpreis**

Karibik

Mein Schiff 3
November 17-März 2018
Innenkabine, 14 Nächte
inkl. Flug

ab **2795,-€****



meinreisespezialist

Von Freunden
empfohlen!

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 08:00 – 16:00 Uhr,
Fr. 08:00 – 14:00 Uhr
Tel.: +49 40 28 08 96 27
www.psw-hamburg.de

* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Kinderbetreuung, Entertainment und Trinkgelder.



Was passiert in einem Bundesfachausschuss? Der Blick über den Tellerrand

Regelmäßig treffen sich Mitglieder der GdP zumeist in Berlin, um sich zu unterschiedlichen Themenkomplexen auszutauschen. Dazu gibt es Felder wie die Bereitschaftspolizei, Tarifrecht oder auch Beamten- und Besoldungsrecht. Dabei stehen aktuelle Entwicklungen in diesen Feldern im länderübergreifenden Austausch in der Betrachtung. Auf den Tagesordnungen stehen aber auch die auf dem Bundeskongress beschlossenen Anträge.

Am Beispiel des Bundesfachausschusses für Beamten- und Besoldungsrecht lässt sich sehr gut nachvollziehen, in welcher Form gewerkschaftliche Arbeit dort für die Mitglieder stattfindet.

Bereits direkt nach dem Bundeskongress 2015 ging es in die Abarbeitung der beschlossenen Anträge, wie den Antrag C-2.

Wesentlich dabei waren die Anträge rund um die Frage von Arbeitszeiten und die Umsetzung der EU-ArbeitszeitVO sowie zu Belastungsproblematiken im Wechselschichtendienst, Erschwernisvergütungen und dem Freizeitausgleich.

Am Beispiel der Mehrarbeitszeiten: In welcher Form erfolgt Freizeitaus-

gleich und auf welchem Stand bewegen sich die Möglichkeiten, mit dem Erreichen eines bestimmten Lebensalters aus dem aktiven Dienst auszuscheiden oder welche Unterschiede bestehen bei den wöchentlich geltenden Arbeitszeiten.

Daneben finden regelmäßige Erfahrungsaustausche mit Organisationen statt, die sich ähnlichen Problematiken gegenübersehen.

Was bewegt den Bundeswehrverband?

Bei der letzten Sitzung des BFA BB im Mai konnten die Mitglieder des BFA einen regen Positionsaustausch mit Vertretern des Bundeswehrverbandes führen. Schnell war klar, dass vor allem Arbeits- und Bereitschaftszeiten sowie die Möglichkeiten des Freizeitausgleichs in der Bundeswehr im Fokus der Diskussion standen.

Interessante Einblicke erfolgten dabei auch in die Grenzen von Mitbestimmung in der Bundeswehr und der Vergleich mit der Polizei. Während es in der Bundeswehr Bereiche gibt, bei denen sich lediglich eine Vertrauensperson um elementare Mitbestimmungsfragen kümmert, gelten für die Polizei flächendeckend und analog entsprechende Personalvertretungsgesetze.

Ein weiteres spannendes Thema: Versorgungsfragen und der Versorgungsausgleich. Genau wie im Bereich der Polizei gibt es in der Bundeswehr das große Problem der vorzeitigen Ruhestände aus besonderen Altersgrenzenregelungen.

Da der Versorgungsausgleich bereits mit dem Eintritt in den jeweiligen Ruhestand greift, führt er zu erheblichen Ungerechtigkeiten in der künftigen Versorgung. Daneben muss insbesondere auch das Feld der Ruhestände durch Vollzugsdienstuntauglichkeit besonders betrachtet werden, dies auch unter dem Aspekt der Fürsorge in Bezug auf Dienstunfälle. Im Rahmen zukünftiger Gesetzgebungsverfahren erscheint es den Teilnehmern wichtig, zusammen mit dem Bundeswehrverband hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Kritisch wurde sich im weiteren Verlauf mit der aktuellen Diskussion über die Rolle der Bundeswehr im Zusammenhang mit den rechtsradikalen Vorwürfen gegen Soldaten der Bundeswehr auseinandergesetzt, aber auch das Verhalten der Verteidigungsministerin von der Leyen beleuchtet.

Ergebnisse der Ländervergleiche

Im weiteren Verlauf wurde das Thema des finanziellen Ausgleichs für den Polizeidienst diskutiert. Als Grundlage diente dazu eine Synopse hinsichtlich der unterschiedlichen Ausprägungen in den einzelnen Ländern sowie auf Bundesebene.

Ein Flickenteppich auch im Zuge des Zulaufes, der den Entwicklungen der Förderalismusreform geschuldet ist und zu einem Auseinanderdriften der Besoldung und Versorgung geführt hat. Als gemeinsame Forderungslage bei den Erschwerniszulagen wurde auf die Erhöhung der Polizeizulage auf 300 Euro in allen Länder abgezielt. Die dabei unterschiedlichen Möglichkeiten, Druck aufzubauen und dies z. B. auch gegenüber haushaltspolitischen Sprechern deutlich zu machen, müssen genutzt werden.

Der Dschungel bei den Erschwerniszulagen spiegelt sich auch in den



Interessanter Austausch mit den Vertretern des Bundeswehrverbandes



TAGUNG

unterschiedlichen Zulagenhöhen wider. Dabei müssen über die GdP hinweg die besonderen Belastungen auch im Hinblick auf die Probleme des Biorhythmuswechsels zwischen Arbeits- und Freizeit betrachtet und entsprechend ausgeglichen werden. In allen Ländern ist noch erheblicher Nachholbedarf vorhanden, zumal darüber hinaus auch die Zulagen für besondere Aufgabenwahrnehmungen betrachtet werden müssen. Die Fortsetzung der 5-Euro-DuZ-Kampagne sollte angestrebt werden, auch unter Berücksichtigung einer notwendigen Dynamisierung.

Insgesamt erscheint es zukünftig notwendig, die Verlässlichkeit der Dienstplanung zu fordern. Die ungeplanten und unerwarteten Wechsel und die sich daraus ergebenden Beeinträchtigungen müssen z. B. durch Faktorisierung der Arbeitszeit, die zu mehr Freizeit- oder einem erhöhten finanziellen Ausgleich führt, besonders betrachtet werden. Für ungewöhnliche Einsatzbelastungen muss es ebenfalls möglich sein, im Rahmen einer gemeinsamen Aktion Positionen substanziell zu hinterlegen und gegenüber dem Dienstherrn einzufordern.

Das Themenfeld des dienstlichen Rechtsschutzes wurde anschließend vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Regelungen und Anwendungen beleuchtet. Hamburg zieht sich auf eine Verwaltungsvorschrift zurück, wonach dienstlicher Rechtsschutz als Vorschuss oder zinslose Darlehen nur gewährt werden, wenn von anderer Seite als dem gewerkschaftlichen Rechtsschutz kein Rechtsschutz zu erlangen ist. Eine aktuelle Rechtsprechung aus Mecklenburg-Vorpommern erscheint hier eine veränderte Betrachtung zu ermöglichen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass es wichtig ist, sich über Ländergrenzen hinweg auszutauschen und dabei immer wieder Forderungen zu erarbeiten, um mit mehr Gewicht für unsere Mitglieder Verbesserungen zu ermöglichen.

Jörn Clasen

ANKÜNDIGUNG

NDR-Besichtigungstour – „Das Beste im Norden“

Im August wollen wir mit 30 interessierten Mitgliedern die NDR-Studios in Hamburg Lokstedt nach sieben Jahren wieder einmal besichtigen. Es hat sich dort seitdem viel geändert.

Hierzu treffen wir uns

am 28. August 2017,
um 13.50 Uhr,

im Empfangsgebäude (Haus Nr. 14) des NDR, Hugh-Greene-Weg 1 in Hamburg Lokstedt. Der NDR-Mitarbeiter, Herr Jörn Behrens wird uns begrüßen und mit uns auf einen interes-

santen Rundgang durch das NDR- Gelände mit seinen div. Studios begleiten. Wir werden dann sehen, wie die Produktion der „Tagesschau“, des „Hamburg Journal“, „DAS“, „NDR Talkshow“ und weiterer Sendungen wie z. B. „Markt“ entsteht und mit welcher hochmodernen Technik die Studios ausgestattet sind. Anmeldungen ab sofort in der GdP-Geschäftsstelle, unter der Tel.-Nr. 040/28 08 96-0. Für die Anfahrt nutzt möglichst die öffentlichen Verkehrsmittel, wie z.B. die U-Bahn Linie 2 bis zur Haltestelle „Hagenbecks Tierpark“! Von dort ist es nur ein kurzer Fußweg von ca. 5 Minuten!

Klaus-Peter Leiste,
Vorsitzender Fachbereich Senioren



Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hamburg haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Hamburg zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de



Übernahme des Tarifergebnisses: Wie sieht es deutschlandweit aus?

Tarifergebnis u. a. 1. Januar 2017: +2 Prozent bzw. 75 Euro bei einem Bruttogehalt von bis zu 3200 Euro; 1. Januar 2018: +2,35 Prozent in 2018: Einführung einer Stufe 6 ab EG 9 (macht ca. 0,54 Prozent aus)

Stand der Besoldungsrunden

Baden-Württemberg: Die Bezüge werden 2017 um 2 Prozent (abzüglich 0,2 Prozentpunkte zwecks Zuführung zur Versorgungsrücklage) angehoben, wobei Beamte/-innen mit einem Grundbetrag von unter 3750 Euro auf jeden Fall 75 Euro erhalten. In 2018 wird eine Erhöhung um 2,35 Prozent sowie zusätzlich um 0,325 Prozent vorgenommen. Die Anpassungen erfolgen bis Besoldungsgruppe A 9 jeweils zum 1. März, für Besoldungsgruppe A 10 zum 1. Mai und für die übrigen Betroffenen zum 1. Juni. Darüber hinaus soll zum 1. Januar 2018 die Absenkung der Eingangsbesoldung rückgängig gemacht werden.

Bayern: Die Landesregierung will die Bezüge rückwirkend zum 1. Januar 2017 um 2 Prozent, mindestens 75 Euro, und zum 1.1.2018 um 2,35 Prozent erhöhen. Zudem soll eine Einmalzahlung in Höhe von 500 Euro gezahlt werden.

Berlin: Der Senat plant die Übernahme des Tarifabschlusses zuzüg-

lich eines 1-prozentigen Zuschlags zur Angleichung der Bezüge an den Durchschnitt der anderen Bundesländer. Noch offen ist, zu welchem Datum die Erhöhung sowohl 2017 als auch 2018 erfolgen soll.

Brandenburg: Die Dienst- und Versorgungsbezüge steigen zum 1. Januar 2017 um 2,65 Prozent (abzüglich 0,2 Prozent für die Versorgungsrücklage) und ab 1. Januar 2018 um weitere 2,85 Prozent.

Bremen: Die Bezüge werden zum 1. Juli 2017 um 2 Prozent, mindestens aber um 75 Euro, und zum 1. Juli 2018 um weitere 2,35 Prozent erhöht.

Hamburg: Gemäß der 2011 abgegebenen Zusage des Ersten Bürgermeisters soll das Tarifergebnis auf die Beamtenschaft übertragen werden, wobei 0,2 Prozentpunkte in die Versorgungsrücklage fließen.

Mecklenburg-Vorpommern: Das Land hat im Vorfeld eine Erhöhung zum 1. Juni 2017 um 1,75 Prozent beschlossen. Der DGB forderte die Regierung dennoch auf, über eine Übertragung des Tarifergebnisses ins Gespräch zu kommen.

Niedersachsen: Bereits 2016 hat sich der Gesetzgeber auf eine Erhöhung um 2,5 Prozent zum 1. Juni 2017 festgelegt. Nachträglich wird sie soz. Komponente aus der Tarifeinigung i. H. v. 75 Euro übernommen. D. h., die Bezüge steigen zum 1. Juni 2017 um 2,5 Prozent, mindestens aber um 75 Euro.

Nordrhein-Westfalen: Zum 1. April 2017 soll die Besoldung um 2 Prozent (mindestens 75 Euro ohne Beachtung der Kappungsgrenze, wie sie der TV-L-Abschluss vorsieht) und ab 1. Januar 2018 um 2,35 Prozent steigen.

Rheinland-Pfalz: Rückwirkend zum 1. Januar 2017 werden die Bezüge um 2 Prozent (mindestens aber 75 Euro) und zum 1. Januar 2018 um 2,35 Prozent erhöht.

Saarland: Zum 1. Mai 2017 sollen die Bezüge um 2,2 Prozent (abzüglich 0,2 Prozentpunkte für die Versorgungsrücklage) erhöht werden. Ab 1. September 2018 werden sie um weitere 2,25 Prozent angehoben. Der im Tarifergebnis vorgesehene Mindestbetrag von 75 Euro soll prozentual

umgerechnet und 2018 in die Tabelle eingebaut werden.

Sachsen: Das Kabinett hat die Übernahme der linearen Anpassung beschlossen. Damit erhöhen sich die Bezüge jeweils zum Ersten des Jahres um 2 Prozent (2017) und 2,35 Prozent (2018). Beamte/-innen mit einem Grundgehalt von bis zu 3200 Euro bekommen 2017 eine Einmalzahlung i. H. v. 100 Euro. Zudem werden die Beträge der Endstufen zum 1. Januar 2018 zusätzlich um 1,12 Prozent angehoben und ab 1. Oktober 2018 gibt es einen ruhegehaltstfähigen Zuschlag von 1,03 Prozent ab BesGr. A 9 nach Ablauf einer fünfjährigen Wartezeit in der Endstufe.

Sachsen-Anhalt: Rückwirkend zum 1. Januar 2017 werden die Bezüge um 2 Prozent, mindestens 75 Euro, und zum 1. Januar 2018 um 2,35 Prozent erhöht.

Schleswig-Holstein: Zum 1. Januar 2017 werden die Bezüge um 2 Prozent (abzgl. 0,2 Prozentpunkte zwecks Zuführung zur Versorgungsrücklage, mindestens aber 75 Euro) und zum 1. Januar 2018 um 2,35 Prozent erhöht. Es wurde vereinbart, Verbesserungen der Besoldung struktureller Art bis zum Sommer zu erörtern.

Thüringen: Die Landesregierung will die Bezüge zum 1. April 2017 um 2 Prozent (abzgl. 0,2 Prozentpunkte) und zum 1. April 2018 um 2,35 Prozent erhöhen. Anstelle des Festbetrags von 75 Euro wird für die BesGr. A 6 bis A 8 die allg. Stellenzulage vor der prozentualen Anpassung um 25 Euro erhöht.

Hessen: Ab dem 1. Juli 2017 sollen die Bezüge um 2 Prozent (mindestens 75 Euro) und zum 1. Februar 2018 um 2,2 Prozent erhöht werden. Zudem erhalten die Beamte/-innen zum 1. Januar 2018 ein Jobticket. Damit wird das TV-H-Ergebnis auf die Beamtenschaft übertragen.

Quelle: DGB

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60

Firmenungebundene
Auftragsannahme





Mitgliederversammlung mit dem Leiter des Verfassungsschutzamtes

Nachdem der Vorsitzende des Fachbereichs Senioren die Mitgliederversammlung am 11. April 2017 eröffnet hatte, begrüßte er die anwesenden Mitglieder und den Vorsitzenden Herrn Torsten Voß und dankte ihm herzlich, dass er trotz seines engen Terminkalenders die Einladung zu den GdP-Senioren angenommen hatte.

Zu Beginn des Vortrages brachte uns der Leiter des Verfassungsschutzamtes Hamburg auf den aktuellen Stand seiner Tätigkeit und stellte sich kurz vor, obwohl ihn ja viele kannten. Schließlich begann er seine atemberaubende Karriere 1981 bei der Polizei Hamburg im mittleren Dienst und entwickelte sich über den gehobenen und höheren Dienst zum Amtsleiter des Verfassungsschutzes in Hamburg seit 2012.

In dieser Zeit hat sich in dem Bereich viel verändert. So stellte er uns vor, wie er den Verfassungsschutz neu organisiert hatte, mit, wie wir alle aus der Presse wissen, mehr Personal. Klassische Aufgaben, wie ca. 7000 Anträge auf Einbürgerungen pro Jahr oder genauso viele Überprüfungen des Sicherheitspersonals in öffentl. Einrichtungen, wie z. B. am Flughafen oder im Hafen Hamburg, müssen bewältigt werden.

Lageauswertung, Spionageabwehr und operative Aufgaben kommen hinzu. Ein Überblick über aktuelle Themen, wie beispielsweise Reichsbürger und Islamismus, führten zur Terrorisierungsgefahr und den Vorbereitungen auf den G20-Gipfel. Kurz zusammengefasst: Reichsbürger sind durch die tödlichen Schüsse auf einen bayerischen Polizisten in den Fokus gerückt, spielen in Hamburg derzeit eine sehr geringe Rolle, genauso wie die NPD. Natürlich gibt es Rechtsextremismus, in allerdings wesentlich geringeren Fallzahlen, als sie der Linksextremismus derzeit mit sich bringt.

Islamismus

Der Islamismus wird als eine „politische Weltanschauung, die die Sprache

der Religion nutzt, um politische Ziele zu verfolgen“ definiert. Dies geschieht u. a. offen bei al-Qaida oder Salafisten, Dschihadisten und sonstigen und hybrid beim IS. In der Ausreiseproblematik beobachtet man eine Anzahl von 20% Frauen, 1/3 Rückkehrer, 1/3 „Verstorbene“ und eine andauernde Bedrohungslage, mit einem Trend zu niedrigschwelligeren tödlichen Taten. Es wird nicht mehr ein „Go“ vorausgesetzt. Radikalisierte Einzeltäter, autonome Jihadisten und einreisende Teams mit Kontakten vor Ort sind dokumentiert. Sie werden im Internet, in Peergroups und teils in Moscheen rekrutiert. Prävention ist angesagt, am Beispiel „Bilal“, der zitiert wird mit dem Satz: „Die schicken die Brüder einfach in den Tod!“ Ausreisen sind derzeit abnehmend.

Das linke Spektrum

Im Linksextremismus ist besonders die steigende Gewaltbereitschaft von Bedeutung.

Die „Rote Flora“ hat eine hohe Bedeutung in der europäischen Szene.

Bisher legte man Wert auf die Vermittelbarkeit von Gewalt in der Öffentlichkeit, wie Sachbeschädigungen und Schmierereien. Nun zeichnet sich ein Wandel zur Missachtung der körperlichen Unversehrtheit hin ab, insbesondere am Beispiel von Polizisten, die als „Robocop“ quasi zur Sache erklärt werden.

Völlig inakzeptabel, mit der Folge, dass politisch und hoffentlich juristisch durch konsequente Rechtsanwendung und Klarstellung erfolgreich dagegen vorgegangen werden kann und dies gesellschaftlich als besonders verächt-

lich herausgestellt wird! Hier stellt der G 20 mit hohen Zahlen von Demonstrationsteilnehmern und der Vermischung mit derartig Gewaltbereiten eine große Herausforderung an die Demonstrationsteilnehmer und die Polizei dar. Politisch motivierte Kriminalität war grundsätzlich gerade sinkend, hoffentlich bleibt es dabei.

Wir danken Herrn Voß für die klärenden Worte und die Zeit, die er uns schenkte.

Aktuelle Gewerkschaftsthemen folgten

Es berichtete Peter Leiste über Aktuelles aus der Gewerkschaftsarbeit:

- Die GdP begrüßt die schärfere Gesetzgebung im Bereich „Einbruchsdiebstahl“.
- Die GdP unterstützt die DGB-Forderung nach einer Rente von mindestens 50%.
- Hinweis dazu: bundesweite Regionalveranstaltungen am 31. Mai 2017 – auch in Hamburg, näheres folgt in den Medien.
- Gesucht werden weiter G20-Betreuer für unsere GdP-Einsatzbetreuung.
- Unsere Ausflugsangebote kommen an: erfolgreiche Betriebsbesichtigung bei der Fa. Trimet, Aluminiumwerk Hamburg – Finkenwerder. Ein Bericht in der DP demnächst.
- Hinweis auf die neue BAGSO Broschüre „Konflikte in Heimen“ in der GdP-Geschäftsstelle.
- Hafengeburtstag – Einlaufparade mit der „Woltman“ und GdP-Mitgliedern.
- Erster Hinweis auf den Bundesseniorenkongress im März 2018.

Ulrich Grill-Kiefer, Seniorenvorstand

HINWEIS

Mitgliederversammlung im Juni entfällt

Die für den Juni geplante Mitgliederversammlung für unseren Seniorenbereich muss aufgrund der Vorbereitungen im Zusammenhang mit

dem G20-Treffen in Hamburg entfallen.

**Klaus-Peter Leiste,
Fachbereichsvorsitzender Senioren**

